

**"Werther - Das geht anders!" lehnt den Haushalt ab
wegen der ausgelagerten 2 Mio. Corona- und Kriegsfolgekosten, der Gebührensteigerungen
und des ständig steigenden Finanzrisikos für das Baugebiet Blotenberg**

Vor 3 Wochen hat der Bundesrechnungshof die Bundesregierung öffentlich angegriffen und ihr Intransparenz bei den Staatsfinanzen vorgeworfen. Allein in den Jahren 2020-22 würden grundgesetzwidrig 800 Mrd. (!) EUR neue Schulden grösstenteils in Schattenhaushalten verplant. Diese Schuldenberge werden dann auch noch *Sondervermögen* genannt. Und es soll auch 2023 munter so weiter gehen: Irrlichternde Gesundheits- und Wirtschaftspolitiker können von Energieknappheit, Inflation, Rezession und Aufrüstung gar nicht genug bekommen. – Hier wird gerade unsere Zukunft und die unserer Kinder vor die Wand gefahren!

Auch im Wertheraner Haushalt tauchen die **Corona- und Kriegsfolgekosten** mit jährlich steigender Tendenz auf. Nach 600.000 EUR in 2021 und 620.000 EUR in 2022 summieren sich die „isolierten“ zusätzlichen Schulden mit den für 2023 eingestellten 759.000 EUR dann bereits auf **2 Mio. EUR**, mit denen wir bei ehrlicher Herangehensweise bereits in der Haushaltssicherung wären. Wir nennen diese Schatten-Schulden hier nicht Sondervermögen wie der Bund, sondern vernebelnd *ausserordentliche Erträge*. **Diesen Weg gehen wir nicht mit!**

- Wir sind auch nicht damit einverstanden, dass die Bürger mit unnötig starken **Gebührenerhöhungen** (14-43%) für Wasser, Abwasser und Müll belastet werden.
- Wir kritisieren, dass im Rat beschlossene Investitionssummen in nicht-öffentlichen Sitzungen massiv erhöht werden, ohne dass die Öffentlichkeit jemals davon erfährt.
- Wir tragen die **explodierenden Sachverständigenkosten** für Beratung, Planung, Gutachten, Konzepte etc. nicht mit, die nur in den Projekten aber nie in ihrer Gesamtdimension bekannt werden.
- Trotz komplizierter Umsetzung hätte zum Abbau der Diskriminierung die Ausweitung des **Schüler-Westfalen-Tickets** eingeleitet werden können. Dies wäre ein wichtiges Signal gegen Elterntaxis und für den ÖPNV und für die Corona-geplagte Schülerschaft gewesen.

Und selbstverständlich tragen wir auch die **klimaschädliche Neubaupolitik** von Einfamilienhäusern auf fruchtbarem Ackerland nicht mit, bei der durch sog. „Ausgleich“ und Regenrückhaltung noch zusätzlich Landwirtschaftsfläche verloren geht. Die Flächenversiegelung ist auch für die zunehmende Wasserknappheit mitverantwortlich. Jeder kann spüren, dass die Grenzen des Wachstums erreicht sind, und wer es weiter ignorieren will, sollte von sog. „ökologischen Neubaugebieten“ und Klimaschutzpolitik zukünftig besser schweigen.

Für das Wohnbaugebiet Blotenberg sind u.a. über 1,5 Mio. EUR für den Strassenbau und 700.000 EUR für den Kreisverkehr vorgesehen. Das Gesamtvolumen für dieses schwierige Gelände hat vermutlich bereits die **10 Mio. EUR** überschritten. Wohlgemerkt als **Vorleistung der Stadt, ohne Sicherheit** über die Endkosten der Infrastruktur und ohne die geringste Sicherheit für die Verkaufbarkeit der Grundstücke. Flächendeckend brechen die Aufträge im Bausektor derzeit ein, Bauwillige haben massive Finanzierungszweifel, Interessenten ziehen sich zurück. In Werther aber scheint weder Klimaschutz noch Baukrise eine Rolle zu spielen. Für alles werden Gutachten eingeholt, aber beim grössten Investitionsprojekt der Stadt wird bis heute eine Untersuchung der Vermarktbarkeit für verzichtbar gehalten.

Wir halten weitere Investitionen in das Blotenberg-Projekt für verantwortungslos!

Und die Bereitstellung von 150.000 EUR für Planungskosten zusätzlicher Neubaugebiete ist mit Klimaschutz, Bodenschutz und verantwortlicher Haushaltspolitik erst recht nicht zu vereinbaren.

Deshalb lehnen wir den vorgelegten Haushaltsentwurf ab.

Jürgen Schäfer für die WDGA-Fraktion